

FDP

Die Liberalen

Wahlplattform

Grossratswahlen 2016

#mehrBS

mehrbasel.ch

Liste 1

Basler FDP.Die Liberalen
Marktgasse 8
4051 Basel

T +41 (0)61 313 50 40
F +41 (0)61 313 50 45

info@fdp-bs.ch
www.fdp-bs.ch

Mehr für Basel.

Liebe Wählerin, lieber Wähler

Unser Kanton soll leben, wachsen, Wohlstand erlangen, Innovation fördern und Engagement fordern. Wie bringt man all dies unter einen Hut? Wie werden wir gemeinsam besser, wie erreichen wir mehr – mehr für Basel?

Basel ist der zweitwichtigste Wirtschaftsmotor der Schweiz, mit steigenden Einwohnerzahlen und Steuereinnahmen. Noch geht es uns gut. Doch grosse Herausforderungen stehen vor der Tür, nicht zuletzt mit der Unternehmenssteuerreform III. Es gibt Handlungsbedarf.



Wie oft haben Sie in den letzten Wochen den Kopf geschüttelt beim Zeitung lesen? Ob verbotene Holzbänke, Abstellplätze für Kinderbuggys oder Flüchtlings-Container prüfende Vogelschützer. Basel verkommt zur durchregulierten Kleinstadt. Wir kämpfen für: **Mehr Augenmass. Weniger Paragraphen.**

Ideologisch begründeter Parkplatzabbau und Stau dominieren die Verkehrspolitik statt gesamtheitlicher Planung. Unser Ziel: **Mehr Verkehrsfluss. Weniger Verdross.**

Wohnungen sind rar. Doch Private zögern wegen teurer Auflagen bei Aufstockungen und Neubauten. Wir fordern: **Mehr Wohnzimmer. Weniger Amtsstuben.**

Eine starke Wirtschaft braucht gut ausgebildete Arbeitskräfte. Dies bedingt eine starke Universität, aber auch top vorbereitete Lehrlinge. Die Lehrkräfte ächzen jedoch unter Projekten und Formularen. Es braucht: **Mehr Unterricht. Weniger Lernbericht.**

Sie sehen: Basel-Stadt kann noch besser werden, die staatlichen Ressourcen effizienter einsetzen und mehr herausholen. **Mehr für Basel.**

Wir Freisinnigen sind überzeugt, dass Basel-Stadt es noch besser machen kann. Unser Kanton kann Pionier werden für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort mit einer schlanken und effizienten Verwaltung, einem leistungsfähigen Verkehrssystem und einer tiefen Steuerbelastung.

Am 23. Oktober 2016 stellen wir hierzu die Weichen – Ihre Stimme (und die Ihres Nachbarn!) zählt!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Urgese', written in a cursive style.

Luca Urgese, Grossrat

Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Mehr Augenmass. Weniger Paragraphen.

Ein wichtiges Credo liberaler Politik ist die Eigenverantwortung. Sie ist Voraussetzung für eine freie und selbstbestimmte Lebensgestaltung. Die FDP Basel-Stadt will die Eigenverantwortung und somit die Selbstbestimmung aller Einwohnerinnen und Einwohner wieder stärken. Wir wollen mündige Bürger nicht mit Regulierungen belasten, sondern ihnen grösstmögliche Freiheit verschaffen. Denn eine attraktive Stadt lässt sich nicht verordnen, sie entsteht durch das Engagement ihrer Bewohner. Lassen wir den Bewohnern den Freiraum, sich zu entfalten.

› Einführung einer Bürokratiebremse

Die Unternehmen ächzen unter der zunehmenden Bürokratielast. Wir fordern daher die Einführung der «one in, one out»-Regel. Für jede neu eingeführte oder geänderte Regulierung soll eine gleichwertige Regulierung abgeschafft werden. Damit wird dem Bürokratiewachstum ein Riegel geschoben.

› Generelle Regulierungsprüfung

Eine kürzlich publizierte Studie von BAK Basel zeigt, dass unser Kanton im Vergleich zu anderen Städten und Kantonen höhere Ausgaben hat als notwendig. Daraus sind die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Kanton Basel-Stadt soll in zehn Jahren der Kanton mit der geringsten Regulierungsdichte sein. Dank der Bürokratiebremse und einer generellen Regulierungsprüfung (GRP) in der kommenden Legislatur kann dieses Ziel erreicht werden.

› Keine Personalzuwachsrate beim Staat über das Bevölkerungswachstum hinaus

Seit Jahren wächst die Zahl der Kantonsangestellten unaufhaltsam. Diesem Trend ist endlich Einhalt zu gebieten. Während ein Personalwachstum parallel zum Bevölkerungswachstum sachlich noch einigermaßen vertretbar ist, bedeutet ein überproportionales Angestelltenwachstum einen unnötigen Ausbau des Staates. Zusätzlich geschaffene Stellen sind verwaltungsintern zu kompensieren, was eine kritische Überprüfung der bestehenden Aufgaben und Stellen sowie deren Organisation notwendig macht.

› Regelmässige Durchführung einer echten Generellen Aufgabenüberprüfung

Wer die bestehenden Aufgaben und Stellen des Kantons seriös eruieren will, muss eine systematische Überprüfung durchführen. Hierfür schreibt das Gesetz, zurückgehend auf eine bürgerliche Volksinitiative, eine Generelle Aufgabenüberprüfung pro Legislatur vor. Die rot-grüne Regierungsmehrheit hat sich vor dieser Aufgabe gedrückt, indem sie die grossen Ausgabenposten des Kantons ausgeklammert und lediglich die kleineren Ausgaben überprüft hat. Wir fordern eine systematische und vollständige Prüfung aller staatlichen Ausgaben auf Notwendigkeit, Wirksamkeit und Effizienz. Dies schliesst auch gesetzlich gebundene Ausgaben mit ein. Nur so können Optimierungsmöglichkeiten in der Kantonsverwaltung identifiziert werden.

› Einführung der Sunset legislation prüfen

Unsere schnelllebige Zeit führt zu einer immer höheren Kadenz von neuen Gesetzen und Verordnungen. Jedes Problem soll umgehend mit einem Gesetz gelöst werden. So entstehen Gesetze und Verordnungen, welche bald niemand mehr braucht. Daher sollen sie konsequent befristet werden, z.B. auf 10 Jahre. Nach Ablauf dieser Frist sind die Rechtssätze auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und wo notwendig anzupassen oder ersatzlos aufzuheben.

› Keine zusätzlichen administrativen Lasten für Unternehmen

Es gibt unzählige Ideen dafür, welche Aufgaben und Lasten Unternehmen noch zusätzlich übernehmen könnten. So sollen sie künftig beispielsweise die Steuern für den Staat eintreiben und diese direkt vom Lohn abziehen. Dies führt zu einem erheblichen und teuren administrativen

Mehraufwand vor allem bei kleinen Unternehmen und bevormundet zudem die Bürgerinnen und Bürger. Solche zusätzlichen Belastungen und Bevormundungen lehnen wir konsequent ab.

› **One-Stop-Shop konsequent weiterentwickeln**

Erste Schritte in Richtung One-Stop-Shop wurden bereits unternommen. Noch gibt es jedoch klare Optimierungsmöglichkeiten. So muss ein Gesuchsteller für bestimmte Bewilligungen auch heute noch mit vielen verschiedenen Behördenstellen kommunizieren. Die Idee des One-Stop-Shops ist konsequent voranzutreiben. So soll ein Gesuchsteller eine einzige Ansprechperson für seine Bewilligung haben, welche im Hintergrund mit den verschiedenen zuständigen Verwaltungsstellen kommuniziert und dem Gesuchsteller die notwendigen Informationen zur Verfügung stellt.

› **Termine mit der Verwaltung online buchen**

Wer einen neuen Pass oder eine neue Identitätskarte braucht, kann bequem zu Hause alle notwendigen Daten eingeben und einen Termin buchen. Das Passbüro kennt beim Behördenbesuch bereits alle notwendigen Informationen. Das ist effiziente Verwaltung per Mausclick! Auch für weitere Behörden soll die Einführung dieses Terminbuchungssystems geprüft werden. So könnte man beispielsweise beim Bauinspektorat online ein Terminfenster buchen, damit man während der wöchentlichen einstündigen Sprechstunde nicht vergeblich erscheint.

› **Zufriedenheits-Fragebogen nach Behördenkontakt**

In der Privatwirtschaft längst Standard, sucht man diese bei der Verwaltung noch vergeblich. Private Unternehmen sind bestrebt, stets besser zu werden. Daher fragen sie ihre Kunden systematisch nach deren Zufriedenheit. Dies soll künftig auch in der Verwaltung gelten: Nach einem Behördenkontakt soll mit einem Fragebogen die Zufriedenheit erhoben und diese periodisch öffentlich publiziert werden. So können Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und angegangen werden. Es ist zudem zu prüfen, ob das Ergebnis Einfluss auf die Entlohnung der betroffenen Dienststelle haben soll.

› **Mehrweggeschirr-Regime pragmatisch umsetzen**

Das Umweltschutzgesetz schreibt bei grösseren Veranstaltungen, mit Ausnahme der Basler Fasnacht, zwingend den Einsatz von Mehrweggeschirr vor. Dies stellt viele Veranstalter vor logistische und finanzielle Probleme. Die Umsetzung ist aufwendig und auch nicht immer sinnvoll. Wir fordern daher eine pragmatische Umsetzung des Mehrweggeschirr-Regimes und gezielte Erleichterungen. So soll es beispielsweise möglich sein auf die Verwendung von Mehrweggeschirr zu verzichten, wenn ein Veranstalter ein sinnvolles alternatives Abfallkonzept vorlegt.

› **Keine weiteren Luxusprojekte à la AUE-Bau oder Erlenmattram**

Augenmass ist auch bei allen Projekten des Kantons zu wahren. So sind diese konsequent einer Wirtschaftlichkeitsrechnung zu unterziehen. Unwirtschaftliche Projekte wie das Erlenmattram oder Luxusprojekte wie der Neubau des Amtes für Umwelt und Energie sollen gar nicht erst geplant und projektiert werden.

› **Steuerlast im kantonalen Durchschnitt als Ziel**

Basel-Stadt kann und soll kein Tiefsteuerkanton sein. Eine konsequente Umsetzung unserer vorgeschlagenen Massnahmen wird aber zu einer Senkung der Ausgaben des Kantons führen. Der bereits heute bestehende und durch unsere Vorschläge zusätzlich geschaffene finanzielle Spielraum soll konsequent für Schuldenabbau und Steuersenkungen eingesetzt werden. Nachdem in den letzten Jahren die oberen und unteren Einkommen entlastet wurden, ist nun der Mittelstand an der Reihe. Eine Reduktion des Steuersatzes um 1% für natürliche Personen mit Einkommen bis CHF 200'000 (bzw. CHF 400'000 bei Ehepaaren) stellt für uns dabei das absolute Minimum dar. Ziel muss es sein, dass die Höhe der Steuern im Kanton Basel-Stadt dem Durchschnitt der Schweizer Kantone entspricht.

Mehr Wohnzimmer. Weniger Amtsstuben.

Wohnungsknappheit und steigende Preise sorgen für Unmut auf dem Wohnungsmarkt. Statt staatlicher Eingriffe in den Wohnungsmarkt sind liberale Rezepte gefragt. Unzählige Bauvorschriften machen den Eigentümern heute das Leben schwer. Wir setzen uns ein für die Erleichterung von verdichtetem Bauen – generell soll der Handlungsspielraum für private Grundeigentümer erweitert werden.

› **Neue Flächen erschliessen**

Die Fläche des Kantons ist mit 37 km² sehr begrenzt. Die Möglichkeiten zur Erschliessung von neuen Flächen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, sind daher sehr beschränkt. Daher braucht es unkonventionelle Lösungen. Gerade Verkehrsflächen nehmen einen wesentlichen Teil des Kantonsgebiets in Anspruch. Daher soll der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten Projekte unterstützen, mit denen diese Flächen nutzbar gemacht werden können, z.B. durch eine Überdachung der Auto- oder der Eisenbahn.

› **Verdichtetes Bauen erleichtern**

Ist die Fläche begrenzt, muss man auch in die Höhe bauen. Der Kanton soll daher die gesetzlichen Regelungen so anpassen, dass höher gebaut werden kann. Zu prüfen sind hierbei insbesondere die Regelungen betreffend Lichteinfallswinkel und Schattenwurf. Zudem soll die Wohnraumquote pro m² verfügbarem Raum erhöht werden. Es ist hierbei auf jegliche zusätzlichen Einschränkungen für die Liegenschaftseigentümer zu verzichten.

› **Wertschätzung gegenüber den Grundeigentümern**

Schon die Bundesverfassung schreibt die Förderung von Wohneigentum vor. Hauseigentümer schaffen Wohnraum und bekennen sich langfristig zum Standort der Liegenschaft. Sie haben durch das Erscheinungsbild ihrer Liegenschaft massgebenden Einfluss auf das Stadtbild. Den Grundeigentümern in unserem Kanton ist daher mit Wertschätzung zu begegnen. Auf zunehmende regulatorische Einschränkungen, zusätzliche Abgaben und dergleichen ist konsequent zu verzichten. Eingriffe in das Privateigentum, z.B. durch Häuserbesetzungen, sind konsequent zu unterbinden. Die FDP wird sich vehement gegen die Relativierung und Einschränkung des Privateigentums zur Wehr setzen.

› **Bau von höherwertigem Wohnraum nicht vernachlässigen**

Es ist wieder vermehrt auf das Bauen von höherwertigem Wohnraum zu achten. Die Wohnbaupolitik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass der durchschnittliche Steuerertrag der Zugezogenen leicht geringer ist gegenüber der bestehenden Wohnbevölkerung. In Basel-Stadt braucht es daher nicht nur Genossenschafts- und Billigwohnungen, sondern auch höherwertigen Wohnraum. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Leistungen unseres Kantons langfristig finanzierbar bleiben.

› **Besteuerung des Eigenmietwerts nach dem bundesrechtlichen Minimum**

Der Eigenmietwert ist ein theoretisches Konstrukt, nach welchem ein Einkommen besteuert wird, welches vom Hauseigentümer gar nicht erwirtschaftet wird. Die Berechnungsgrundlagen sind je nach Kanton höchst unterschiedlich. So ist es beispielsweise von grosser Bedeutung, ob auch der Landwert berücksichtigt wird und welcher Zinssatz berechnet wird. Die FDP fordert, dass die Berechnung des Eigenmietwerts sich am bundesrechtlichen Minimum orientiert. Es ist ausschliesslich der Gebäudewert zu berücksichtigen und der Zinssatz so zu wählen, dass keine Ungleichbehandlung der Eigentümer gegenüber den Mietern erfolgt.

› **Beitritt Konkordat Vereinheitlichung Bauvorschriften**

Wenn dieselben Begriffe in unterschiedlichen Kantonen unterschiedlich definiert werden, erhöht dies die Fehleranfälligkeit bei Baugesuchen und schränkt dies den Wettbewerb ein. Die Kantone haben daher ein Konkordat abgeschlossen, in dem die Bauvorschriften vereinheitlicht werden sollen. Basel-Stadt ist diesem Konkordat bisher nicht beigetreten.

› **Transparente, schnelle und nachvollziehbare Bewilligungsverfahren**

Nebst der Bauregulierung sind auch die Bewilligungsverfahren für Bauherren von grosser Bedeutung. Solche Bewilligungsverfahren können lange dauern und aufwändig sein. Die Bewilligungsverfahren sind daher systematisch daraufhin zu überprüfen, ob diese vereinfacht und beschleunigt werden können. Die Gesuchstellenden sind zudem dahingehend zu unterstützen, dass sie wenn immer möglich nur eine Kontaktperson in der Verwaltung haben, welche ihr Baugesuch betreut.

› **Kanton soll Baurecht zu Marktbedingungen abgeben**

Der Kanton ist einer der grössten Grundeigentümer. Aufgrund der Bodeninitiative ist er gezwungen, dieses im Baurecht abzugeben. Die Vergabe von eigenem Land im Baurecht soll zu bestmöglichen bzw. marktgerechten Konditionen erfolgen. Es kann nicht sein, dass es z.B. durch zu tiefe Baurechtszinse oder sonstige Vorteile zu De-facto-Subventionierungen kommt.

› **Rückzug des Staates aus dem Wohnungsmarkt**

Die zunehmenden staatlichen Eingriffe in den Wohnungsmarkt führen dazu, dass Private mit der Schaffung von neuem Wohnraum zögern. Dies ist eine der Mitursachen für den Wohnungsmangel in Basel-Stadt. Der Kanton tritt hierbei zugleich als Regulator als auch als Mitbewerber auf dem Wohnungsmarkt auf.

› **Ein Gebäude für die ganze Kantonsverwaltung**

Der Kanton belegt heute zahlreiche Räumlichkeiten insbesondere in der Innenstadt, obwohl dies nicht nötig oder gar nicht sinnvoll ist. Gerade in der Innenstadt sollte die Priorität dem Gewerbe und der privaten Wohnnutzung gelten. Die Verwaltung soll daher wenn immer möglich ausserhalb der Innenstadt angesiedelt werden. Zu prüfen ist, ob der grösste Teil der Kantonsverwaltung in einem einzigen Gebäude zusammengefasst werden kann. Dies würde zu einer effizienten Flächennutzung und kurzen Wegen zwischen den einzelnen Verwaltungsstellen führen. Die bestehenden Verwaltungsliegenschaften sollen demgegenüber insbesondere zu attraktivem Wohnraum umgenutzt werden.

› **Vereinfachung der Grundstückgewinnsteuer**

Die Grundstückgewinnsteuer ist dazu da, um Immobilienspekulation unattraktiver zu machen. Je länger die Dauer des Eigentums, desto tiefer die Höhe der Steuer. Bei einer Veräusserung seiner Liegenschaft kann der Eigentümer wertvermehrende Aufwendungen in Abzug bringen. Nach einer Eigentumsdauer von über 10 Jahren ist es oftmals leider schwierig, sämtliche erforderlichen Unterlagen noch zusammenzubringen. Daher soll ab einer Eigentumsdauer von 10 Jahren das System der pauschalisierten Anlagekosten eingeführt werden und so eine massive Vereinfachung und Erleichterung für die Hauseigentümer erwirkt werden, ohne dass dies zu nennenswerten Steuerausfällen führt.

Mehr Verkehrsfluss. Weniger Verdross.

Genug von Stau, Einbahnstrassen, 30er-Zonen auf Hauptverkehrsachsen und Parkplatzabbau? Wir auch, deshalb setzen wir uns ein für eine vernünftige Verkehrspolitik zur Schaffung eines leistungsfähigen Mobilitätssystems und wehren uns gegen ideologische Verhinderungspolitik.

› Regionale verkehrsmittelübergreifende Verkehrsplanung dringend notwendig

Die Region Basel braucht eine gemeinsame regionale Verkehrspolitik für den Individualverkehr und den Öffentlichen Verkehr. Beim Ausbau der Infrastruktur für den Öffentlichen Verkehr – spricht S-Bahn-Ausbau und insbesondere das Herzstück - besteht heute grösstenteils Einigkeit. Beim motorisierten Individualverkehr sieht das etwas anders aus. Für die täglichen Staus auf wichtigen Strassen braucht es rasch eine Lösung. Dies kann nur dann wirksam und erfolgreich sein, wenn die Verkehrspolitik mit unseren Nachbarn im Rahmen einer regionalen Verkehrsplanung abgestimmt wird. Es kann nicht sein, dass Basel-Stadt seine ideologische Anti-Auto-Verkehrspolitik vorantreibt, zum Schaden unserer regionalen Partner und letztendlich auch unseres Kantons selbst.

› Freie Wahl des Verkehrsmittels

Die Basler FDP steht ein für die freie Wahl des Verkehrsmittels und ist gegen die künstliche Einschränkung der Mobilität jeglicher Art. Grundsätzlich soll sich die Verkehrspolitik nach der Nachfrage und den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Gewerbes richten. Auch wenn in Basel weniger als die Hälfte ein Auto besitzen, heisst das nicht, dass das Autofahren verteufelt und die Autos aus der Stadt vertrieben werden sollen. Es braucht ein Miteinander statt Gegeneinander: Fussgänger, Velo, Auto, Tram und Bus müssen nebeneinander Platz haben.

› Umsetzung des Autobahnringes

Die Nordtangente hat seit ihrer Eröffnung zu einer massiven Entlastung und Aufwertung von Basel Nord geführt. Während Zürich die städtische Umfahrung vorangetrieben hat, ist Basel leider hier stehen geblieben. Wir fordern, dass das Konzept der Ringstrassen (Autobahnring, Verbindung Gellertausfahrt-Gundelitunnel-Umfahrung Allschwil-Nordtangente) wieder aufgenommen und konsequent umgesetzt und fertig gestellt wird. Nur so können die oberirdischen Quartierstrassen wirksam und nachhaltig entlastet und der Durchgangsverkehr um die Stadt herum geleitet werden.

› Osttangente mit Lärmschutz und rasche Realisierung des Rheintunnels

Ein Teilschritt des Autobahnringes ist der unterirdische Ausbau der Osttangente. Dieser ist zügig voranzutreiben. Unsere Region muss sich hierfür in Bern mit voller Kraft für die notwendigen Mittel einsetzen. Ebenso muss mit dem Lärmschutz für die Osttangente vorwärts gemacht werden. Es kann nicht sein, dass die Quartierbewohner noch über 10 Jahre lang unter den Emissionen der Autobahn leiden müssen.

Der vorgesehene Rheintunnel zur Entlastung der Osttangente ist rasch zu realisieren. Zudem ist kurzfristig eine Verlagerung des Transitverkehrs via A 98 (Einfahrt Rheinfeldern) anzustreben. Es ist nicht ersichtlich, weshalb sich der europäische Nord-Süd-Transitverkehr, insbesondere der Schwerverkehr, täglich durch unseren Kanton quälen und dabei Emissionen und Stau verursachen muss.

› **Umsetzung des Herzstückes Regio-S-Bahn**

Entscheidend zur Entlastung der Strassen ist auch ein attraktives ÖV-Angebot und hierbei namentlich ein gut ausgebautes S-Bahn-Netz. Basel hinkt hier anderen Städten deutlich hinterher. Mit der Umsetzung des Herzstückes Regio-S-Bahn würde die Vernetzung mit der Region einen entscheidenden Schritt nach vorne machen und auch der Innenstadt einen dringend benötigten Wachstumsimpuls geben. Zudem ist eine Entlastung der Tramachse Barfüsserplatz – Schifflande anzustreben, damit in der Innenstadt der Fussgängervortritt umgesetzt werden kann.

› **Kanalisation des motorisierten Individualverkehrs auf die Hauptverkehrsachsen**

Es ist sinnvoll, den motorisierten Individualverkehr wenn immer möglich auf die Hauptverkehrsachsen zu kanalisieren. Dies setzt voraus, dass man auf diesen Achsen durch aufeinander abgestimmte Grünlicht-Phasen zügig vorankommt. Die Einführung von Tempo 30-Zonen auf Hauptverkehrsachsen würde diese Kanalisierungswirkung aufheben, der Verkehr würde wieder vermehrt in die Quartierstrassen fliessen. Dies ist zu vermeiden, stattdessen ist dem motorisierten Individualverkehr auf diesen Achsen die notwendige Priorität zu gewähren.

› **Einführung eines wirksamen Parkleitsystems**

Das heutige Parkleitsystem steht zu recht in der Kritik. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass hier noch grosser Spielraum besteht, um Besucher, die mit dem Auto anreisen, gezielt und effizient zu freien Parkmöglichkeiten zu leiten. Mit einem solchen System können auch die Verkehrsflüsse besser gesteuert werden, was zu weniger Suchverkehr und Ärger führt.

› **Reduktion der Parkgebühren**

Die Parkgebühren in Basel sind zu hoch. Das schadet vor allem dem Gewerbe. Die Parkgebühren sind daher zu reduzieren auf das Niveau in der Region übliche Niveau. Benchmark sollen Riehen, Liestal oder Lörrach sein. Insbesondere zu verzichten ist auf prohibitiv hohe Parkgebühren in der Nacht. Es ist nicht vernünftig erklärbar, weshalb das Parkieren während einer Nacht CHF 34.00 kostet, welche in Münz am Automaten zu entrichten sind. Damit treibt man Kunden aus der Stadt, welche insbesondere unsere Innenstadt so dringend braucht.

› **Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs, sofern Wirtschaftlichkeit gegeben**

Die FDP bekennt sich zu einem attraktiven öffentlichen Verkehr in unserem Kanton. Obwohl bereits sehr gut ausgebaut, können einzelnen Weiterentwicklungs- und Ausbauprojekte sinnvoll sein. Hierbei ist jedoch die Wirtschaftlichkeit stets zu prüfen. Der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs darf sich nicht weiter verschlechtern. Das Augenmerk ist zudem vor allem auf eine qualitative Weiterentwicklung zu richten. Es bestehen Möglichkeiten, um den öffentlichen Verkehr in den Bereichen Effizienz, Tarifierung, Qualitätsstandards etc. weiterzuentwickeln.

› **Einführung eines Parkplatzkatasters**

Der Kanton baut laufend Parkplätze ab. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden bei einem Umgestaltungsprojekt Parkplätze aufgehoben. Die Bedürfnisse der Anwohner und des Gewerbes müssen jedoch berücksichtigt werden. Die Bevölkerungsbefragung 2015 brachte zum Ausdruck, dass die Bevölkerung mit der Verkehrspolitik nicht zufrieden ist und namentlich die Parkplatzsituation negativ beurteilt. Am heutigen Parkplatz-Bestand muss daher festgehalten werden. Es braucht Transparenz bezüglich der vorhandenen Parkplätze und deren Entwicklung. Und es ist zu verhindern, dass Parkplätze in Zentrumsnähe an die Peripherie der Stadt verlagert werden. Wir fordern daher die Einführung eines Parkplatzkatasters, in welchem alle Parkplätze auf öffentlichem Grund systematisch erfasst und publiziert werden.

› **Freie Wahl der Investoren bezüglich Bau von Parkplätzen**

Die Beschränkung der Anzahl Parkplätze, die ein Bauherr erstellen darf, soll ersatzlos gestrichen werden. Es soll den Grundeigentümern freigestellt werden, wie viele Parkplätze sie bei Neubauten erstellen wollen.

› **Zukunftsgerichtete Konzepte prüfen**

Die Basler FDP unterstützt zukunftsgerichtete Konzepte, die dazu beitragen, dass die Kapazitätsengpässe bei Rushhour aufgehoben werden. So sind neue Arbeitsmodelle zur Reduktion der Verkehrsspitzen zu prüfen. Auch Konzepte für Road-Pricing werden nicht grundsätzlich abgelehnt, müssten aber für den Staat einnahmeneutral ausgestaltet werden.

Mehr Unterricht. Weniger Lernbericht.

Die Belastung der Lehrpersonen durch Berichte, Evaluationen und dergleichen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Schüler werden immer häufiger therapiert statt unterrichtet. Die FDP steht dafür ein, den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt wieder mehr Rechnung zu tragen und Leistung zu fördern.

› Die Lehrpersonen in ihrer Kernaufgabe stärken

Lehrerinnen und Lehrer haben eine zentrale Funktion in unserer Gesellschaft. Sie lehren unsere Kinder und stehen täglich mit ihnen in Kontakt. Entsprechend motiviert und befähigt müssen sie sein. Statt mit Bürokratie belastet zu werden, sollen sich die Lehrpersonen auf die Vermittlung von Wissen und den Erhalt und Ausbau von Kompetenzen konzentrieren können. Sämtliche Formulare und Berichte sind daher auf Notwendigkeit und Vereinfachungsmöglichkeiten zu überprüfen. Der Rücken der Lehrpersonen soll gegen zunehmende Autoritätsprobleme an Schulen konsequent gestärkt werden.

› Schülerleistungen müssen messbar bleiben

Schulnoten werden zunehmend durch Lernberichte und sonstige Beurteilungen ergänzt, welche für die Lehrpersonen mit grossem Aufwand verbunden sind. Diese können für ein fünfjähriges Kind bis zu sechs Seiten lang sein. Für die FDP ist klar, dass die Schülerin und der Schüler als Individuum im Vordergrund stehen. Dennoch sind deren Leistungen früher oder später nach objektiven Kriterien zu beurteilen. Der Sinn der aufwändigen Lernberichte ist daher kritisch zu hinterfragen. Die Ressourcen der Lehrer sind primär für die Schülerinnen und Schüler und nicht für lange Berichte einzusetzen.

› Frühzeitige Selektion bei hoher Durchlässigkeit

Oft zeichnet sich schon früh ab, welche Schullaufbahn ein Kind einschlagen wird. Um es entsprechend zu fördern, ist es daher frühzeitig leistungsgerecht zu schulen. Zugleich ist eine hohe Durchlässigkeit wichtig, damit auch Spätzügler die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung haben und ihnen dieser Weg nicht zu früh versperrt wird.

› Kritische Überprüfung der Sonderpädagogik

Die flächendeckende Einführung von Sonderpädagogik hat zu diversen Problemen geführt. So haben die Schülerinnen und Schüler heute zu viele Bezugspersonen an der Schule, was einerseits für die Schüler schwierig ist, andererseits aber auch einen hohen Koordinationsaufwand mit sich bringt. Die Sonderpädagogik ist daher im Rahmen der Gesamtevaluation 2012-2022 einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und wo nötig sind Anpassungen vorzunehmen. Die Anzahl Lehrpersonen pro Klasse in der Primarschule muss hinterfragt werden. Die Eltern sind zudem bei sonderpädagogischen Massnahmen konsequent mit einzubeziehen und ihnen und dem Klassenlehrer der Grund und die Zielsetzung einer solchen Massnahme zu kommunizieren.

› Nach Jahren des Umbaus braucht es eine Konsolidierung der Schulreformen

In den letzten Jahren wurden an den baselstädtischen Schulen grosse Reformen umgesetzt, welche nicht zuletzt für die Lehrpersonen grosse Belastungen mit sich gebracht haben. Daher ist es nun an der Zeit, diese Reformen wirken zu lassen. Kritik und Verbesserungsvorschläge von Lehrerschaft, Schülern und Eltern sind aufzunehmen und zu prüfen. Kleinere Verbesserungen sollen selbstverständlich auch weiterhin möglich sein. Von grösseren Veränderungen und mehr Bürokratie im Schulzimmer ist jedoch abzusehen, damit die Lehrpersonen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können.

› **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die FDP von zentraler Bedeutung. Es braucht Tagesstrukturen wie Mittagstische, betreute Ferienangebote für Kinder berufstätiger Eltern und koordinierte Stundenpläne, z.B. mit schulübergreifenden Blockzeiten. Diese Strukturen sind jedoch nicht flächendeckend, sondern bedarfsgerecht und nachfrageorientiert einzurichten. Sie sollen vorwiegend erwerbstätigen Familien zur Verfügung stehen.

› **Einführung von Betreuungsgutscheinen**

Es gibt keinen zwingenden Grund, weshalb Betreuungsangebote staatlich geschaffen oder kontrolliert werden müssen. Die FDP fordert daher die Einführung von Betreuungsgutscheinen nach Luzerner Modell. Im Kanton Luzern sind hierdurch Kostensenkungen erreicht und das Angebot zugleich ausgebaut worden. Mit solchen Gutscheinen hätten die Eltern selber die Wahl, welches Betreuungsangebot sie für ihr Kind nutzen wollen. Der dadurch entstehende Wettbewerb würde auch zu einer Steigerung der Qualität der Betreuungsangebote führen.

› **Obligatorische politische Bildung auf allen Schulstufen**

Die Kenntnis der demokratischen Prozesse ist in unserem Land unabdingbar. Leider hängt es auch heute noch zu oft vom Willen der Lehrperson ab, ob ein Schüler während der obligatorischen Schulzeit politische Bildung genießt. Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt haben daher eine Volksinitiative für obligatorische politische Bildung auf allen Schulstufen lanciert.

› **Für starke Hochschulen in unserer Region**

Die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz sind für unseren Standort von immenser Bedeutung mit einer hohen Wertschöpfung. Die in den kommenden Jahren anstehenden Diskussionen über deren Finanzierung darf nicht zu einer Schwächung dieser Institutionen führen.

› **Abstimmung der Fächer mit anderen Universitäts-Standorten prüfen**

Um die Finanzen der Universität zu entlasten, ist zu prüfen, ob das Fächerangebot mit anderen Universitätsstandorten abgestimmt werden kann. Es ist nicht zwingend notwendig, dass jede Universität sämtliche Fächer anbietet. Durch Kooperationen können Angebote an einzelnen Standorten konzentriert und so Mittel freigemacht werden.

› **Berufsbildung als wichtiger Erfolgsfaktor**

Nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Berufsbildung ist für Basel von immenser Bedeutung. Das duale Bildungssystem soll hierbei weiterhin eine tragende Rolle spielen. Die Lehrbetriebe leisten enorm viel im Bereich der Ausbildung und Integration. Leider geht die Schere zwischen dem Lehrstellenangebot und Jugendlichen, die eine Lehre absolvieren wollen, immer weiter auf. Lehrstellen können mangels Lehrlingen nicht besetzt werden. Zu viele Schülerinnen und Schüler besuchen die Mittelschulen, welche sie dann abbrechen oder danach kein Studium ergreifen. Daher ist ein Augenmerk darauf zu richten, wie Schülerinnen und Schüler vermehrt für eine Lehre begeistert werden können. Indem ihnen und der Gesellschaft die Chancen und Möglichkeiten dieses Bildungsweges erläutert werden, soll die Schere wieder geschlossen werden.

Mehr Augenmass.

Weniger Paragraphen.

Mehr für Basel.

Mehr Wohnzimmer.

Weniger Amtsstuben.

Mehr für Basel.

Mehr Verkehrsfluss.

Weniger Verdross.

Mehr für Basel.

Mehr Unterricht.

Weniger Lernbericht.

Mehr für Basel.